

## Seit 18 Jahren in Haft

Der Anwalt von PKK-Anführer Abdullah Öcalan im Gespräch. Seite 8



## Hormone statt Hochland

Großbritannien streitet über die Zukunft der Agrarbranche. Seite 17

Foto: fotolia/superjoseph



## Nur nicht gegen Israel

Iran droht eigenen Kickern mit Sperre, weil sie mit ihrem Athener Verein gegen eine israelische Mannschaft spielten. Das könnte Iran die WM-Teilnahme kosten. Seite 19

Foto: imago/icon SMI

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 9. August 2017

72. Jahrgang/Nr. 184

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Staatsversagen

Die Regierung müsste Leiharbeiter schützen, lässt aber Unternehmen freie Hand, urteilt Florian Haenes

Unternehmen müssen flexibel sein. Menschen brauchen Stabilität. Für Leiharbeit müssten sie deshalb eigentlich entschädigt werden. Doch Leiharbeiter verdienen fast immer weniger als fest angestellte Kollegen. Die Zeitarbeit könnte ein erträgliches Instrument der Wirtschaftspolitik sein, würde den Leiharbeitern für die erduldeten Unsicherheiten eine satte Entschädigungsprämie ausbezahlt. Der Staat müsste die Unternehmen dazu zwingen.

Für Leiharbeiter hat sich die Stellung im Unternehmen seit April scheinbar verbessert: Nach neun Monaten erhalten sie das übliche Tarifgehalt, nach achtzehn Monaten werden sie in eine Festanstellung übernommen. Die am Dienstag veröffentlichten Zahlen der Bundesregierung entlarven die Neuregelungen jedoch als bloße Symbolik: Nach nicht einmal neun Monaten sind Dreiviertel der Leiharbeiter schon wieder entlassen. Das neue Gesetz ist für sie wirkungslos.

Auf die Unternehmen zu schimpfen, weil die sich der Leiharbeiter rechtzeitig entledigen, wäre wohlfeil. Von ihnen kann man erwarten, sich an Gesetze zu halten, nicht mehr.

Es ist der Staat, der einen grundsätzlich neuen Gesetzesrahmen für die Leiharbeit schaffen müsste, inklusive einer »Unsicherheitsprämie«. Zwar preisen CDU/CSU und SPD in ihren Wahlprogrammen die soziale Marktwirtschaft, doch was die Bundesregierung beim Thema Leiharbeit umgesetzt hat, fügt sich zu nichts als dem Zerrbild einer Ordnung, in der auch die Wirtschaft den Menschen dient.

## UNTEN LINKS

Das Ende der Eierkrise ist abzusehen, endlich! Denn jetzt schalten sich Leute ein, die etwas davon verstehen. So sind die belgischen Behörden dazu übergegangen, nicht nur Eier auf Fipronil zu prüfen, sondern auch die Hühner. Und zwar schon, bevor sie ihre Eier legen können. Tierschützer in Deutschland appellieren gleichzeitig an die Verbraucher, die Gelegenheit zu nutzen und einen generellen Verzicht auf Eier in Betracht zu ziehen. Einen adäquaten Ersatz böten Tofu und Johannisbrotkernmehl. Tofu-Eier haben zweifellos den Vorteil, dass sie keine Schale haben, die kaputt gehen kann. Ein Gutes hat die Eierkrise immerhin schon jetzt. Die scheinbar unlösbare philosophische Frage ist geklärt: Was zuerst da war, Huhn oder Ei. Besprühte Hühner waren es schließlich, die die verseuchten Eier hervorbrachten, in umgekehrter Reihenfolge wäre die Sache glimpflich ausgegangen. Also: Zuerst war das Huhn! Aber wer weiß, was passiert, wenn Hühner anfangen, Eier aus Tofu auszubrüten. uka

## EU macht Luken dicht

Brüssel, Rom, libysche Milizen und Rechtsradikale erhöhen Druck auf Seenotretter



Noch haben Flüchtlinge auf den instabilen Schlauchbooten eine Chance zur Rettung.

Foto: Getty Images/Marcus Drinkwater

Berlin. Der Druck auf die im Mittelmeer tätigen Seenotrettungsorganisationen wächst. Am Montag kam es offenbar zu einer Attacke der libyschen Küstenwache auf ein Rettungsschiff der spanischen Organisation »Proactiva Open Arms«. Ein Schnellboot unter libyscher Flagge habe Warnschüsse abgegeben und gedroht, künftig ohne Vorwarnung zu feuern, erklärte ein Sprecher der Hilfsorganisation am Dienstag. Nach Angaben von »Proactiva Open Arms« befand sich ihr Schiff in deutlichem Abstand zu der Zwölf-Meilen-Zone der libyschen Hoheitsgewässer. Ein weiteres Schiff der Rettungsorganisation, die »Golfo Azurro«, kreuzt

derzeit zwischen Malta und Sizilien. Die Behörden beider Länder verweigern dem mit Flüchtlingen beladenen Schiff einen Hafen.

Nachdem mehrere zivile Rettungsorganisationen eine Unterschrift unter einen von Rom geforderten Verhaltenskodex verweigert hatten, beschlagnahmte die italienische Polizei vergangene Woche das Rettungsschiff »Juventa« der deutschen Organisation »Jugend Rettet«. Ermittlungen gegen die Crew nach angeblichen Verbindungen zu Schleppern sollen nach Medienberichten eingeleitet worden sein.

Laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages sind die in dem

Verhaltenskodex enthaltenen Sanktionen völkerrechtswidrig. Die EU-Kommission schlug dennoch vor, den Kodex als unterstützende, sogenannte Ratschlussfolgerung zu erlassen. Ein neues Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes vom Dienstag bewertet diesen Vorstoß als nicht machbar. Ruben Neugebauer, Pressesprecher der Rettungsorganisation Sea-Watch, vermutet hinter dem Druck eine politische Kampagne: »Die EU will Flüchtlinge lieber ertrinken lassen, als sie nach Europa zu lassen.« Im »nd«-Interview erklärte er: »Zivile Retter, die sich an das Völkerrecht halten, stören dabei.« seb Seite 5

## Elite der Bundespolizei unter neuer Führung

Minister de Maizière würde sich über gemeinsamen Korpsgeist freuen – Gewerkschaft dämpft Erwartung

Am Dienstag wurde in Berlin eine neue Direktion der Bundespolizei in Dienst gestellt. Sie soll Spezialkräfte für Anti-Terror-Einsätze bündeln.

Von René Heilig

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat am Dienstag in Berlin symbolisch ein Schild angeschraubt. »Bundespolizei, Direktion 11« steht darauf. Durch deren Einrichtung werden »verschiedene spezialisierte Bereiche der Bundespolizei zur besseren Bewältigung komplexer Einsätze im In- und Ausland in einer Behörde gebündelt«. Ziel sei, »die Krisen- und Reaktionsfähigkeit der Bundespolizei in komplexen Lagen zu stärken«, erklärte de Maizière. Er hoffe, dass die Mitarbeiter bald »einen gemeinsamen Korpsgeist« entwickeln.

Der neuen Führungsstelle sind die Eliteeinheit GSG 9 und die Fliegergruppe mit 1000 Mitarbei-

tern und 85 Hubschraubern unterstellt, ebenso Kräfte, die Botschaften und Personen in Krisenregionen schützen und die als Sky Marshals in deutschen Flugzeugen für Sicherheit sorgen. Zudem sind Einheiten der sogenannten Einsatz- und Ermittlungsunterstützung sowie Bombenentschärfer dabei.

De Maizière verwies auf eine Reihe gesetzlicher Veränderungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit, die in der laufenden Legislaturperiode unter seiner Leitung erfolgt sind. Die Bildung der neuen Führungseinrichtung habe er 2016 angewiesen. Sie sei – wie die Aufstellung der sogenannten BFE+ -Einheiten im Jahr 2015 und einer ersten gemeinsamen Übung von Bundespolizei, Länderpolizeien und Bundeswehr Anfang 2017 – eine Reaktion auf Terroranschläge, wie sie in Paris und Brüssel stattgefunden haben, erklärte der Minister. Die hätten gezeigt, dass is-

lamistische Angreifer mehrere Attacken zeitgleich an verschiedenen Orten durchführen können, die auch nicht wie in vorangegangenen Perioden mit dem Suizid der Terroristen enden.

Als »weiteren Bestandteil der sich wandelnden Sicherheitsarchitektur in Deutschland sowie im Ausland« würdigte Bundespolizeipräsident Dieter Romann die neue Direktion. Sie werde weiter ausgebaut. In der aktuellen Aufbauphase arbeiten rund 60 Mitarbeiter in der Dienststelle. Um die 300 sollen es werden. Wann das sein wird, wurde nicht erklärt. Ebenso gab es keine Auskunft zu Finanzen, nur den mehrfachen Dank Romanns an das Bundesinnen- und das Bundesfinanzministerium für die »wohlwollende Begleitung« des Aufbaus.

Offen scheint auch, wie sich die Zusammenarbeit mit anderen Polizeibehörden, insbesondere denen in den Ländern zuständigen, entwickeln soll. Man verstehe sich

»als Dienstleister für Bedarfsträger«, war zu hören.

Der Bundespolizist und Vizechef der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek, dämpfte gegenüber »nd« die hohen Erwartungen an die neue Direktion. Da sei manches »übers Knie gebrochen« worden. Das betreffe die ungeklärte personelle Ausstattung. Kritik äußert die GdP auch an der fragwürdigen Bereitstellung der nötigen Finanzen. Seite 2

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Wie betreutes Wohnen vieles erleichtert

Hohe Mieten: Sind Änderungen in Sicht?

Über die Fallen bei Roaming-Gebühren

## Chicago zieht gegen Trump vor Gericht

Bürgermeister: Lassen uns im Streit um Migrationspolitik nicht erpressen

Chicago. Im Streit um die »Zufluchtsstädte« zieht die Stadt Chicago gegen das US-Justizministerium vor Gericht. Hintergrund ist die Absicht des Ministeriums, den »Sanctuary Cities« Gelder für öffentliche Sicherheit aus der Bundeskasse vorzuenthalten. Die Städte sollen nach dem Willen der Regierung helfen, illegale Einwanderer festzunehmen und abzuschicken. »Chicago wird sich nicht erpressen lassen, unsere Werte zu ändern. Wir sind und bleiben eine Stadt, die willkommen heißt«, sagte der demokratische Bürgermeister Rahm Emanuel zur Begründung.

Die am Montag (Ortszeit) eingereichte Klage ist ein weiterer Schritt im Rechtsstreit zwischen der Regierung von Präsident Donald Trump und jenen Städten und Bezirken, die sich weigern, seine Einwanderungspolitik zu unterstützen. Justizminister Jeff Sessions warf Chicago vor, der Stadt seien illegale Einwanderer wichtiger als die Sicherheit der Polizei oder ihrer Bürger. Er verwies auf die hohe Mordrate in der Metropole. dpa/nd Seite 7

## Erneut Anstieg der Leiharbeit

Nur jeder Dritte findet nach Ende der Leiharbeit einen regulären Job

Berlin. Die Zahl der Leiharbeiter ist in Deutschland im vergangenen Jahr abermals angestiegen. Das zeigen Daten, die die Bundesregierung am Dienstag auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag veröffentlicht hat. Demnach arbeiteten im Dezember 2016 insgesamt 993 000 Personen als Leiharbeiter – ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent, im Vergleich zu 2013 um 16 Prozent. Der Lohn eines Leiharbeiter betrug durchschnittlich 1800 Euro und damit nahezu die Hälfte des allgemeinen Durchschnittslohns. Leiharbeit sei organisierte Lohndrückerei, sagte Klaus Ernst, Vizevorsitzender der Linksfraktion. Thomas Hetz, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister, nannte Leiharbeit hingegen ein Instrument zur Integration von Arbeitslosen. Derzeit sind 30 Prozent der an Arbeitslose vermittelten Stellen Leiharbeitsplätze. Davon wird allerdings die Hälfte nach weniger als drei Monaten gekündigt. Anschließend findet nur jeder Vierte eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. fh

## Südafrika diskutiert über Zuma

Parlamentsdebatte vor Abstimmung über die Zukunft des Präsidenten

Kapstadt. Kurz vor einem Misstrauensvotum gegen Südafrikas Staatschef Jacob Zuma hat die Opposition in einer Parlamentsdebatte noch einmal gegen den Präsidenten mobil gemacht. »Seit Beginn unserer Demokratie stand nie so viel auf dem Spiel«, sagte der Chef der größten Oppositionspartei Demokratische Allianz, Mmusi Maimane, am Dienstag vor den Abgeordneten. »Unsere Wahl ist zwischen Richtig und Falsch, zwischen Gut und Böse. Stimmen Sie mit Ihrem Gewissen und befördern Sie diesen korrupten und beschädigten Präsidenten aus dem Amt«, forderte er die versammelten Abgeordneten auf.

Im Anschluss an die Parlamentsdebatte sollten die Abgeordneten in geheimer Wahl ihre Stimme abgeben. Damit der Misstrauensantrag angenommen wird, ist eine absolute Mehrheit von 201 Stimmen nötig. Zumas Afrikanischer Nationalkongress (ANC) verfügt im Parlament über eine komfortable Mehrheit von 249 der 400 Sitze – es müssten somit 50 ANC-Abgeordnete dem Staatschef ihr Misstrauen aussprechen. AFP/nd

ISSN 0323-3375

